

Implikationen der Währungskrise für den Bankensektor

Belarus hat 2011 eine massive Währungskrise erlebt. Die internationale Erfahrung zeigt, dass Währungskrisen sich oft negativ auf die Stabilität des Bankensektors auswirken. Folglich sollte untersucht werden, ob und welche Auswirkungen von der Währungskrise auf den Bankensektor in Belarus ausgehen.

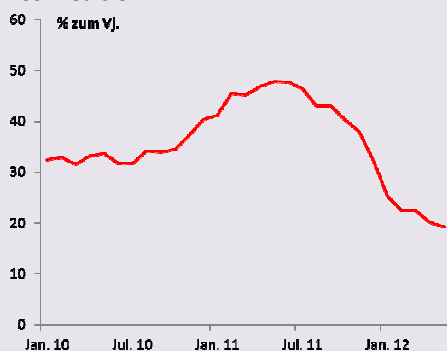
Positiv ist zu vermerken, dass bisher keine Anzeichen einer systemischen Bankenkrise auftraten. Insbesondere fanden keine panikartigen Einlagenabzüge („bank runs“) statt. Gleichzeitig ist festzustellen, dass es negative Auswirkungen auf die Bilanzen von Geschäftsbanken gibt. Konkret hat sich die Qualität der Kreditbücher deutlich verschlechtert; ein Prozess, der weiter anhält.

An umfassenden Strukturreformen führt daher kein Weg vorbei, will man eine nachhaltige und stabile Entwicklung des Bankensektors sicherstellen.

Kreditwachstum und Währungskrise

Es ist relativ unbestritten, dass die schwere Zahlungsbilanz- und Währungskrise des letzten Jahres weitgehend „hausgemacht“ war. Eine wesentliche Rolle kam hierbei der staatlichen Lohnpolitik zu, die gerade in 2010 deutlich zu expansiv gestaltet wurde. Es muss in diesem Zusammenhang aber auch auf eine zu expansive Geld- und Kreditpolitik verwiesen werden, die das Kreditwachstum insbesondere im Jahresverlauf 2010 sowie in der ersten Jahreshälfte 2011 massiv beschleunigte. So stieg der Kreditbestand von Mitte 2010 bis Mitte 2011 um fast 50%; ein im regionalen Vergleich außerordentlich hoher Wert. Die vergleichbare Ziffer in der Ukraine betrug etwa 10%.

Kreditwachstum



Quelle: Nationalbank, eigene Berechnungen
Bemerkung: Um Wechselkurseffekte bereinigt

Eine wesentliche Rolle bei der Stimulierung des Kreditwachstums kam hierbei dem Staat zu, der als Eigentümer 65% des Bankensektors direkt kontrolliert. Unseren Schätzungen zufolge wurde in den

betreffenden Jahren 2010/2011 etwa die Hälfte der Kreditvergabe direkt durch den Staat veranlasst („directed lending“).

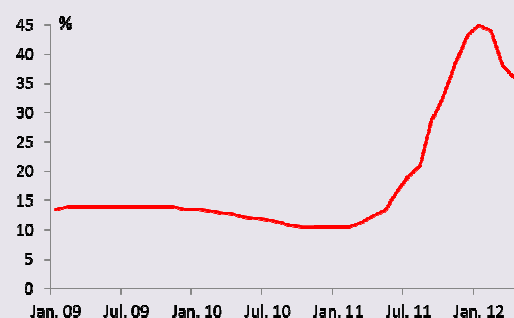
Positiv: Bisher keine systemische Bankenkrise.....

Die Krise 2011 führte zu einer massiven Abwertung des belarussischen Rubels (gegenüber dem US-Dollar von 3,000 Rubel Anfang 2011 auf 8,350 Rubel Ende 2011), und war verbunden mit einem Anstieg der Inflationsrate auf über 100% - weltweit ein Negativrekord. Dazu kam die Einführung von administrativen Maßnahmen, welche den Devisenmarkt paralyseerten und einen aktiven Schwarzmarkt beförderten.

Was waren die Implikationen dieser massiven Verwerfungen für die Stabilität des Bankensektors im Lande? Der mögliche Zusammenhang zwischen Wechselkurs- und Bankenkrise wird in der internationalen Forschung auch Zwillingskrise („twin crisis“) bezeichnet, aufgrund vielfältiger Verbindungen und Verknüpfungen zwischen beiden Bereichen.

Positiv ist zu verzeichnen, dass keine „Runs“ im Sinne breit angelegter Einlagenabzüge bei den Banken auftraten. Im Gegenteil, die Einlagen in Rubel stiegen weiter an, während in Fremdwährung (meist in US-Dollar) nur ein temporärer Abfluss von 13% des Volumens zu verzeichnen war, der sich nach einigen Monaten wieder umkehrte. Die Bevölkerung zeigte also ein gewisses Maß an Vertrauen in das Bankensystem. Diese Entwicklung hatte allerdings einen Preis. So musste die Nationalbank im Jahresverlauf 2011 ihren Refinanzierungssatz deutlich anheben, um die Währung und das Bankensystem zu stützen. Erst mit der Stabilisierung der Krise zum Jahresanfang 2012 konnten die Zinsen wieder gesenkt werden; ein Prozess, der gegenwärtig weiter im Gange ist, aber mit Augenmaß verfolgt werden muss.

Refinanzierungssatz der Nationalbank (nominal)



Quelle: Nationalbank

Die Zinsanhebungen haben mit zum Rückgang des überhitzten Kreditwachstums (vgl. die erste Abbildung) geführt, was positiv zu bewerten ist. Darüber hinaus wurden auch die staatlichen Kreditprogramme in der zweiten Jahreshälfte 2011 zurückgefahren, was absolut notwendig war.

Neben der Stabilisierung der Liquiditätslage wurden aktiv Schritte zur Verbesserung der Solvenz einzelner Banken unternommen. Im Zuge der Abwertung 2011 verschlechterte sich das regulatorisch erforderliche Eigenkapital bei einer Reihe von Instituten rapide, so dass hier akuter Handlungsbedarf auftrat. Insbesondere die beiden größten (staatlichen) Banken Belarusbank und Belagroprombank wurden daher Ende 2011 mit einer beträchtlichen Summe von insgesamt 1,7 Mrd. USD (3,8% vom BIP) rekapitalisiert. Damit wurden auch die Voraussetzungen geschaffen, mögliche zukünftige Verluste bis zu einem gewissen Grad absorbieren zu können.

... allerdings eine Reihe von negative Implikationen

Die bisherige Abwesenheit einer systemischen Bankenkrise im Zusammenhang mit der massiven Währungskrise sollte nicht den Blick dafür verstellen, dass der Bankensektor negativ getroffen wurde. So hat sich die Kreditqualität der Banken verschlechtert. Während offizielle Zahlen zu leistungsgestörten Krediten mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind, gibt es Anzeichen für eine diesbezügliche Verschlechterung insbesondere seit 2011; ein Prozess, der weiter anhält. Hier bleibt abzuwarten, ob das Bankensystem genügend kapitalisiert bzw. widerstandsfähig ist, um mit diesen zukünftigen Herausforderungen geeignet umzugehen.

Fragezeichen verbleiben auch hinter der Fähigkeit des Staates, seine Banken erneut unterstützen zu können, sollte dies erforderlich sein. Es sei daran erinnert, das sich die Staatsverschuldung innerhalb weniger Jahre auf 50,6% vom BIP (Ende 2011) vervielfacht hat, während sich die Kreditwürdigkeit des Landes in der Krise verschlechtert hat. Nicht erst seit der aktuellen Diskussion um ein Hilfsprogramm für die spanischen Banken in der Eurozone sind die engen Verbindungen und Wechselwirkungen von Staaten und Bankensystemen in die Wahrnehmung von Investoren gerückt. Ob der Staat also die Ressourcen hätte, seinen Banken in einem erneuten Krisenfall zu unterstützen, muss hinterfragt werden.

Die angesprochenen hohen Zinsen sind natürlich ein massives Problem für viele Kreditnehmer, insbesondere für Unternehmen aus dem privaten Sektor sowie für private Haushalte. Dieses Problem kann jedoch nur graduell gelöst werden, da die Bekämpfung der immer noch hohen Inflation (aktuell bei 66%) weiterhin Priorität haben muss.

Fazit: Umfassende Reformen erforderlich

Das bisherige Ausbleiben einer systemischen Bankenkrise darf die Entscheidungsträger nicht dazu verleiten, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Im Gegenteil, die Krise macht einmal mehr Unzulänglichkeiten des weitgehend unreformierten Bankensektors deutlich.

Eine überfällige Reform des Sektors muss daher auch an den Ursachen der Währungskrise ansetzen, bei denen die überhitzte, staatlich gesteuerte Kreditvergabe eine unmittelbare Mitschuld trägt. Die geplante Auslagerung dieser Aktivitäten in die neu gegründete Entwicklungsbank ist zu begrüßen, genau wie eine deutliche Einschränkung des Umfangs dieser Maßnahmen. Mehr Markt und weniger Staat bei der Kreditvergabe würden die damit verbundenen Risiken besser steuern können, und einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Kapitalallokation leisten. Mittelfristig sollte der (zu) hohe Staatsanteil im Sektor abgebaut werden, insbesondere auch zu Gunsten ausländischer Banken, die in Belarus weiterhin unterrepräsentiert sind.

Die angesprochenen Reformen im Bankensektor sollten in einem stabilen makroökonomischen Umfeld vollzogen werden. Hierzu gehört eine Neuorientierung der Wechselkurspolitik hin zu einer stärkeren Flexibilisierung, die bereits eingeleitet wurde. Mittelfristig sollte für die Nationalbank die Bekämpfung der Inflation („Inflation Targeting“) im Zentrum ihrer Bemühungen stehen. Dies würde sich auch positiv auf die weitere Entwicklung des Bankensektors auswirken.

Autor

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

German Economic Team Belarus

Das German Economic Team Belarus (GET Belarus) führt seit 2003 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit reformorientierten Entscheidungsträgern der belarussischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

German Economic Team Belarus
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-belarus.de
www.get-belarus.de